

Niederschrift über die 15. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Montag, 28.06.2021
Beginn der Sitzung: 17:32 Uhr
Ende der Sitzung: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Festsaal Freiheitshalle

Anwesend:

OBERBÜRGERMEISTERIN

Döhla, Eva

BÜRGERMEISTERIN

Bier, Angela bis lfd. Nr. 364

BÜRGERMEISTER

Auer, Sebastian

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen, Dr.

Bogler, Hilmar

Böhm, Karola

Böhm, Michael

Bruns, Gudrun

Dietrich, Maximilian, Dr. ab lfd. Nr. 352

Etzel, Thomas

Fleischer, Wolfgang

Gollwitzer, Kai

Heimerl, David bis lfd. Nr. 369

Hering, Andrea

Herpich, Christian

Kaiser, Alexander

Kampschulte, Peter

Kiehne, Gudrun

Kilincsoy, Aytunc

Knieling, Jürgen

Leitl, Patrick

Lentzen, Matthias

Lockenvitz, Felix

Mergner, Matthias

Meringer, Reinhard ab lfd. Nr. 352

Rädlein-Raithel, Christina

Rambacher, Albert bis lfd. Nr. 366

Schmalfuß, Stefan

Schrader, Ingrid

Schrader, Klaus, Dr.

Senf, Peter bis lfd. Nr. 353

Strößner, Florian bis lfd. Nr. 364

Ulshöfer, Jochen

Wunderlich, Hülya

Zeitler, Klaus bis lfd. Nr. 366

UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER

Fischer, Peter
Gleim, Stephan, Dr.
Probst, Franziska
Wulf, Klaus

stv. UBL 4

Abwesende und entschuldigte Personen:

STADTRÄTE

Franke, Michaela
Fuchs, Renate
Kunzelmann, Max
Prenzel, Lena
von Rücker, Jörg
Zeh, Dominik

UNTERNEHMENSBEREICHSLSEITER

Baumann, Klaus

Schriftführer/in:

Ute Schömer-Kunisch

345 Änderung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt die Vorsitzende mit, dass der ursprüngliche Tagesordnungspunkt 1 „Tätigkeitsbericht der Agenda21 für das Jahr 2020“ abgesetzt wird. Weiterhin wird die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Beschlussgegenstand „Eisteich 2. BA; Kanalerneuerung; Mittelübertragung“ und im nicht öffentlichen Teil um einen weiteren Beschlussgegenstand ergänzt.

346 Eröffnung

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a eröffnet die 15. Sitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden. Einwendungen gegen die Tagesordnung bestehen keine.

Die Entschuldigungen von

Frau Stadträtin P r e n z e l und
Herrn Stadtrat v o n R ü c k e r aus beruflichen Gründen

sowie

Frau Stadträtin F r a n k e, die heute ihren 50. Geburtstag feiert,
Frau Stadträtin F u c h s und
Herrn Stadtrat Z e h aus privaten Gründen

werden anerkannt.

Herr Stadtrat K u n z e l m a n n fehlt unentschuldigt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Das Protokoll über die 14. Sitzung des Stadtrates vom 07.06.2021 wird zur Einsichtnahme aufgelegt.

Das Protokoll über die 13. Sitzung des Stadtrates vom 10.05.2021 wurde nicht beanstandet und gilt daher nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Die Anwesenheit der Stadtratsmitglieder wird durch die Schriftführerin bestätigt.

Unter den Zuhörern, begrüßt die Oberbürgermeisterin auch den Auszubildenden (Azubi in der EDV), Herrn David Luge, herzlich.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
30 Stadtratsmitglieder	

347 Antrag Nr. 76 der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion: Tempo 30 in der Eppenreuther Straße

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion vom 02.06.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verkehrsaufsicht zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
30 Stadtratsmitglieder	

**348 Antrag Nr. 77 der FAB/Freie-Stadtratsfraktion:
Änderung der Bauleitplanung im Bereich des Straußareals**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der FAB/Freie-Stadtratsfraktion vom 10.06.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
30 Stadtratsmitglieder	

**349 Antrag Nr. 78 der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion:
Vervollständigung des Radwegenetzes in Hof**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der Bündnis90/Die GRÜNEN-Stadtratsfraktion vom 09.06.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Tiefbau, Grünanlagen zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
30 Stadtratsmitglieder	

**350 Antrag Nr. 79 von Herrn Stadtrat Meringer:
Bewerbung der Stadt Hof als Modell-Stadt-Region**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag von Herrn Stadtrat Meringer vom 11.06.2021 war bereits im Stadratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verkehrsaufsicht zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
30 Stadtratsmitglieder	

**351 Antrag Nr. 80 der CSU-Stadtratsfraktion:
Ergreifung von Maßnahmen für die Attraktivitätssteigerung der Innenstadt**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 23.06.2021 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
32 Stadtratsmitglieder	

352 Änderung der Geschäftsordnung

Vortrag:

Der Stadtrat hat sich mit Beschluss Nr. 217 vom 25.01.2021 einstimmig die aktuelle Geschäftsordnung gegeben. Im Verwaltungsvollzug hat sich mittlerweile ein Bedarf an Änderungen ergeben:

1. Zur Vermeidung von Beschlusserfordernissen bei im Grunde geringfügigen Auftrags erhöhungen wird folgender **§ 9a Auftrags erhöhungen** neu eingefügt:

(1) Erhöhungen von Aufträgen, deren bisherige Auftragshöhe bereits durch den jeweiligen Ausschuss entschieden wurde, können durch die Oberbürgermeisterin entschieden werden, soweit die erforderliche Auftrags erhöhung den Betrag von 50.000 € nicht überschreitet. Auftrags erhöhungen und -erweiterungen sind bis max. 500.000 € durch den jeweiligen Ausschuss zu behandeln, darüber hinaus entscheidet der Stadtrat.

(2) Erhöhungen von Aufträgen, deren bisherige Auftragshöhe bereits durch den Stadtrat entschieden wurde, können durch die Oberbürgermeisterin entschieden werden, soweit die erforderliche Auftrags erhöhung den Betrag von 100.000 € nicht überschreitet.

(3) Diese Vorgaben gelten für den Hauptausschuss (§ 9 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. a), den Bauausschuss (§ 9 Abs. 3 Nr. 3), den Stiftungsausschuss (§ 9 Abs. 3 Nr. 4 Buchst. b) und den Umwelt- und Planungsausschuss (§ 9 Abs. 3 Nr. 5) sowie der Stadtrat (§ 2).

Die dortigen bisherigen Bestimmungen sind zu streichen.

2. Der **§ 16 Einzelne Aufgaben der Oberbürgermeisterin** ist auf Empfehlung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes anzupassen:

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung wurde durch den BKPV festgestellt, dass bei der Beibehaltung der Höhe des kalkulatorischen Zinssatzes bei kostenrechnenden Einrichtungen nach § 12 KommHV-K ein Beschluss des Stadtrates erfolgen sollte und nicht nur bei der Veränderung des kalkulatorischen Zinssatzes. Dies hätte jährlich einen zusätzlichen Beschluss zur Folge.

Es wird daher vorgeschlagen, in § 16 Abs. 2 Nr. 1 der Geschäftsordnung einen Buchstaben j anzufügen:

j) Prüfung der Höhe des kalkulatorischen Zinssatzes bei den kostenrechnenden Einrichtungen im Sinne des § 12 KommHV-K. Soweit Änderungen des kalkulatorischen Zinssatzes erforderlich sind, bedarf es hierzu eines Beschlusses des Stadtrates.

3. **§ 9 Abs. 3 Nr. 3** soll noch um die Vorberatung der Berufung bzw. Abberufung der Mitglieder des Gutachterausschusses geregelt werden:

Der Bauausschuss ist vorberatend zuständig für die Berufung und Abberufung der Mitglieder des Gutachterausschusses nach § 3 BayGaV.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wird gebeten, die obigen Änderungsvorschläge zur Geschäftsordnung für den Stadtrat Hof anzunehmen.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Stadtrat einstimmig der vorgeschlagenen Änderung der Geschäftsordnung zu.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragende:	Rechtsrätin Merkl
32 Stadtratsmitglieder	

353 Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung

Vortrag:

Mit Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) durch Gesetz vom 26.06.2018 wurde die Rechtsgrundlage für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen mit Wirkung vom 01.01.2018 abgeschafft. Damit wurde die Satzung für die Erhebung eines Straßenausbaubeitrages (Straßenausbaubeitragsatzung) gegenstandslos. Nachdem zwischenzeitlich auch eventuelle Altfälle nicht mehr zu erwarten bzw. erledigt sind, kann die Straßenausbaubeitragsatzung auch formell aufgehoben werden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat Hof beschließt den Erlass der Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung eines Straßenausbaubeitrages (Straßenausbaubeitragsatzung - ABS) vom 14. Januar 2004, zuletzt geändert durch Satzung vom 21.09.2007, nach Maßgabe des anliegenden Entwurfs Stand 09.06.2021. Der Entwurf ist Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates schließen sich der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses an und stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zu.

Der Entwurf der Satzung, Stand 09.06.2021, bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragende:	Rechtsrätin Merkl
31 Stadtratsmitglieder	

354 6. Änderungsverordnung zur Verordnung über die Festsetzung von Parkgebühren in der Stadt Hof (Parkgebührenordnung) vom 29. Mai 2001

Vortrag:

Auf dem Parkplatz am Minigolfplatz Untreusee sollen in den vier ersten nordwestlich gelegenen Parkbuchten insgesamt acht gebührenpflichtige Stellplätze für Wohnmobile entstehen. Geplant ist eine pauschale Parkgebühr von 5,- € je 24 h. Die neu errichtete Stromsäule mit insgesamt vier Anschlüssen kann bei Entrichtung dieser Parkgebühr kostenlos mitgenutzt werden. Die Höchstparkdauer beträgt weiterhin 96 h.

Um die Kosten für die Aufstellung eines eigenen Parkscheinautomaten dort zu minimieren (ca. 12.000,- € Automat als Neuanschaffung inkl. Fundament) sowie die Vandalismusgefahr zu reduzieren, ist geplant, diese Parkgebühr probeweise ausschließlich elektronisch über das seit 01.05.2021 eingeführte Handyparken in der Stadt Hof abzuwickeln. Die Firma Easypark wird hierfür eine entsprechend gestaltete Automatenstele kostenlos zur Verfügung stellen.

Die Parkgebührenordnung der Stadt Hof ist entsprechend um diesen Tarif außerhalb des Innenstadtkernbereiches zu ergänzen. Diese Stellplätze sind ganztägig Montag bis Sonntag gebührenpflichtig. Die Stellplätze werden so beschildert, dass Wohnmobile nur dort parken können.

Die Änderungsverordnung soll zum 01.08.2021 in Kraft treten.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Erlass der 6. Änderungsverordnung zur Verordnung über die Festsetzung von Parkgebühren in der Stadt Hof (Parkgebührenordnung) vom 29. Mai 2001 gemäß dem anliegenden Entwurf, Stand: 14.06.2021. Der Entwurf ist Bestandteil dieses Beschlusses. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung die Schritte zur Umsetzung der Bewirtschaftung vorzunehmen.

Beschluss:

Der Stadtrat erklärt sich, wie vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlen, mit dem vorstehenden Beschlussvorschlag einstimmig einverstanden.

Der Entwurf der Parkgebührenordnung, Stand 14.06.2021, bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 34 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Baudirektor Dr. Gleim
31 Stadtratsmitglieder	

355 Vollzug des BauGB sowie der Verordnung über die Gutachterausschüsse, die Kaufpreissammlungen und die Bodenrichtwerte nach dem Baugesetzbuch (Gutachterausschussverordnung - BayGaV) vom 05. April 2005 – BayRS 2130-2-I); Abberufung und Berufung von Mitgliedern gem. § 2 BayGaV im Gutachterausschuss für den Bereich der kreisfreien Stadt Hof

Vortrag:

Am 28.02.2021 endete die Berufung der Mitglieder des Gutachterausschusses für den Bereich der kreisfreien Stadt Hof in der Amtsperiode 2017 bis 2021.

Der Gutachterausschuss besteht aus dem Vorsitzenden sowie ehrenamtlichen weiteren Gutachtern. Für den Vorsitzenden werden mindestens zwei Stellvertreter berufen (§ 2 Abs. 1 der Gutachterausschussverordnung - BayGaV). Dem Gutachterausschuss müssen zudem je ein Bediensteter der zuständigen Finanz- und staatlichen Vermessungsbehörde angehören (§ 2 Abs. 4 Satz 1 BayGaV).

Nach der Gutachterausschussverordnung werden die Mitglieder von der Kreisverwaltungsbehörde berufen. Die Berufung des Bediensteten der Finanzbehörde sowie der staatlichen Vermessungsbehörde (Gutachter nach § 2 Abs. 4 BayGaV) erfolgt auf Vorschlag des Bayerischen Landesamts für Steuern und des Amtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Wunsiedel.

Die Gutachter werden auf 4 Jahre berufen, eine wiederholte Berufung ist möglich (§ 3 Abs. 3 BayGaV).

Der Gutachterausschuss war bis zum 01.03.2021 wie folgt besetzt:

1. Vorsitzender: Techn. Amtsrat Dipl.-Ing. (FH) **Matthias Schulz** Fachbereich Technisches Gebäudemanagement

1. Stellvertreter: Rechtsdirektor **Klaus Baumann**, Unternehmensbereichsleiter

2. Stellvertreter: Techn. Bauoberrätin Dipl.-Ing. (FH) **Ute Mühlbauer**, Fachbereichsleiterin Stadtplanung

Gutachter: Dipl.-Ing. **Wolfgang Strunz**, freiberuflicher Sachverständiger

Dipl.-Ing. (FH) **Edda Heinz**, ö. b. u. v. Sachverständige

Dipl.-Ing. (FH) **Rainer Lang**, freiberuflicher Sachverständiger

Dipl.-Ing. (FH) **Carsten Hahn**, techn. Angestellter, Fachbereich Stadtplanung

Gutachter: Steueramtsrat **Wieland Schulz**, Finanzamt Hof

gem. § 2 Abs. 4 BayGaV

Steueroberinspektor **Thomas Pasold**, Finanzamt Hof

Vermessungsobererrat **Ulrich Zach**, Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Wunsiedel - Außenstelle Hof

Gemäß des Schreibens des Bayerischen Landesamt für Steuern wird Herr Steueramtsrat **Wieland Schulz** vom Finanzamt Hof nicht mehr als Mitglied zur Verfügung stehen. Herr Steueroberinspektor **Thomas Pasold** bleibt Mitglied des Ausschusses. Des Weiteren schlägt die Finanzbehörde vor, Frau

Steuerinspektorin **Antonie Köppel** als Stellvertreterin für Herrn Thomas Pasold in den Gutachterausschuss zu berufen.

Alle weiteren Mitglieder des Gutachterausschusses haben sich für eine erneute Berufung bereit erklärt.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen,

folgende Mitglieder rückwirkend ab 01.03.2021 für die Dauer von 4 Jahren in den Gutachterausschuss für den Bereich der Stadt Hof zu berufen:

1. Vorsitzender: Techn. Amtsrat Dipl.-Ing. (FH) **Matthias Schulz** Fachbereich Technisches Gebäudemanagement

1. Stellvertreter: Rechtsdirektor **Klaus Baumann**, Unternehmensbereichsleiter

2. Stellvertreter: Techn. Bauoberrätin Dipl.-Ing. (FH) **Ute Mühlbauer**, Fachbereichsleiterin Stadtplanung

Gutachter: Dipl.-Ing. **Wolfgang Strunz**, freiberuflicher Sachverständiger

Dipl.-Ing. (FH) **Edda Heinz**, ö .b. u. v. Sachverständige

Dipl.-Ing. (FH) **Rainer Lang**, freiberuflicher Sachverständiger

Dipl.-Ing. (FH) **Carsten Hahn**, techn. Angestellter, Fachbereich Stadtplanung

Gutachter: Vermessungsobererrat **Ulrich Zach**, Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Wunsiedel - Außenstelle Hof
gem. § 2 Abs. 4
BayGaV

Steueroberinspektor **Thomas Pasold**, Finanzamt Hof

Steuerinspektorin **Antonie Köppel**, Finanzamt Hof

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt einstimmig, nach Vorberatung im Bauausschuss, den vorstehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 34 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Baudirektor Dr. Gleim
31 Stadtratsmitglieder	

**356 Asphaltprogramm der Stadt Hof;
Asphaltierungsmaßnahmen zur Umsetzung einer offensiven Unterhaltungsstrategie im Stadtgebiet 2021;
Auftragsvergabe**

Vortrag:

Die jährlichen Maßnahmen für die Umsetzung der offensiven Unterhaltungsstrategie (Asphaltprogramm) werden künftig in Vollzug des Stadtratsbeschlusses Nr. 140 vom 27.10.2020 ausgeführt.

Grundlage ist eine bedarfsgerechte, flächenbezogene Optimierung (Straße/Gehwege/Radwege = ca. 70/20/10 %), um alle Verkehrsflächen bestmöglich und gleichrangig Instand zu halten.

Für das Haushaltsjahr 2021 wurde ein bedarfsgerechter Betrag i. H. v. 1.255 Mio. € ermittelt und beantragt. Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation wurde dieser Betrag auf den ursprünglichen Ansatz aus 2012 i. H. v. 1. Mio. gekürzt. Dies galt es im Zuge der Ausarbeitung und Aufstellung der Maßnahmen für 2021 zu berücksichtigen. Die für 2021 angedachten und geplanten Maßnahmen mussten reduziert werden. Hieraus resultiert ein Unterhaltsdefizit für 2021 i. H. v. ca. 255.000 €.

Der Stadtrat Hof hat in seiner Sitzung am 19. April 2021 dem Vorschlag der Verwaltung für die Maßnahmen in 2021 in unveränderter Form zugestimmt. Dieser beinhaltete als Zielsetzung eine Flächenaufteilung zwischen Straßen mit 73 %, Gehwegen mit 10 % und Radwegen mit 17 % für die Maßnahmen im Asphaltprogramm 2021.

Auf dieser Grundlage erfolgte die Ausarbeitung der Angebotsunterlagen, die Leistungen wurden im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung nach VOB/A, in vier Losen, ausgeschrieben.

Die Vergabeunterlagen wurden von 8 Firmen von der Ausschreibungsplattform der Stadt Hof heruntergeladen.

Zum Submissionstermin am 08.06.2021 lagen 2 Angebote vor. Es wurden keine Nebenangebote oder Sondervorschläge abgegeben. Alle Angebote konnten geprüft und gewertet werden.

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgte durch die Stadt Hof, FB 30 – ZAV, (Prüfung der formalen Ausschlussgründe und rechnerische Prüfung) und FB 66 – Tiefbau (fachtechnische und wirtschaftliche Prüfung).

Danach ergeben sich für die Lose 1 bis 4 folgende wirtschaftliche Bruttoangebote:

Los 1:

Schill & Geiger Asphaltbau GmbH, 95179 Geroldgrün
188.065,40 €

Los 2:

Schill & Geiger Asphaltbau GmbH, 95179 Geroldgrün
305.631,69 €

Los 3:

Schill & Geiger Asphaltbau GmbH, 95179 Geroldsdgrün
360.366,51 €

Los 4:

Schill & Geiger Asphaltbau GmbH, 95179 Geroldsgrün
70.840,32 €

Die **Gesamtsumme** für die Lose 1 bis 4 beträgt

924.903,91 €

Die Angebote liegen im Rahmen der Kostenberechnung.

Die erforderlichen Mittel, für die Maßnahmen nach vorstehender Tabelle, stehen auf den Haushaltstellen 63000.51010 „Unterhaltung der Gemeindestraßen, Gehwege, Radwege“ und 66000.51010 „Unterhaltung der Bundes- und Staatsstraßen, Gehwege“ zur Verfügung.

Die Einwilligung zur Bekanntgabe in öffentlicher Sitzung wurde durch den Auftragsnehmer, der das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, erteilt.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, den Auftrag „Asphaltierungsmaßnahmen im Stadtgebiet Hof 2021“ für die Lose 1 bis 4 an die Schill & Geiger Asphaltbau GmbH, 95179 Geroldsgrün zur Angebotssumme in Höhe von brutto

924.903,91 €

zu vergeben.

Der Vergabevorschlag ist VOB-konform.

HNWEIS:

Die Firma Schill & Geiger hat bei allen vier Losen das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Das Angebot über einen Nachlass von 1 % auf die angebotenen Einheitspreise, wenn alle vier Lose vergeben werden, wird angenommen, so dass sich der Auftragsumfang auf **915.564,87 €** reduziert.

Beschluss:

Nach zustimmender Vorberatung im Bauausschuss beschließt der Stadtrat einstimmig nach Vorschlag der Verwaltung.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 34 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Baudirektor Dr. Gleim
31 Stadtratsmitglieder	

**357 Eisteich 2. BA;
Kanalerneuerung;
Mittelübertragung**

Vortrag:

Auf der Haushaltstelle 70210.95040 („Kanalerneuerung 2.BA – Eisteich“) stehen im Vermögenshaushalt derzeit Mittel i. H. v. 285.000 € zur Verfügung.

FB 66 hat die Maßnahmen zur Erneuerung des Kanals entsprechend der abgestimmten Zeitschiene beschränkt ausgeschrieben. Im Ergebnis der beschränkten Ausschreibung ging leider nur ein Angebot zur Submission ein. Das Angebot belief sich auf ca. 900.000 € (brutto) und lag mit einer Abweichung von etwa 315 % deutlich über der Kostenberechnung von 285.000 €. Das Angebot konnte aus wirtschaftlichen Gründen daher nicht beauftragt werden. Die Abweichung zwischen Kostenberechnung und Angebotssumme ist auf die derzeit instabile und stark schwankende Marktlage während der Covid 19 Pandemie zurückzuführen, die zu deutlichen Auslastungsunterschieden bei den einzelnen Unternehmen führt. Hinzu kommen die in den vergangenen Monaten stark gestiegenen Rohstoff- und Materialpreise für z. B. Kunststoffe.

Es ist vorgesehen die Maßnahme erneut auszuschreiben. Es ist nun ein öffentliches Vergabeverfahren vorgesehen mit dem Ziel überregionale Angebote zu erhalten.

Ferner muss auf die aktuelle Marktsituation reagiert werden. Nach Anpassung der Material- und Einheitspreise ergibt sich die aktualisierte Kostenberechnung zu ca. 635.000 € (brutto) inkl. Entsorgung von Überschussmassen. Hierfür müssen weitere zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Die für diese Maßnahme zusätzlich benötigten Mittel stellen eine überplanmäßige Ausgabe im Sinne des Art. 66 Abs. 1 GO dar, da diese Leistung zur Weiterführung der Arbeiten „Außenanlagen am Eisteich“ im Vorfeld erforderlich ist.

Um die Maßnahme erneut ausschreiben zu können schlägt die Verwaltung daher eine Mittelübertragung i.H.v. 350.000 €, von der HHST 70210.95050, „Erlhofer Straße - Kanalauswechslung“, auf die HHST 70210.95040 – Kanalerneuerung 2.BA - Eisteich vor, um die überplanmäßigen Ausgaben zu decken.

Aufgrund der aktuellen Schadensbilder und der beschriebenen sehr engen Zeitschiene, erforderlicher Baubeginn für die Kanalmaßnahme noch im September 2021, wird um Zustimmung zu dieser Mittelübertragung gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der überplanmäßigen Ausgabe für die Erneuerung des Kanals Eisteich wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mittelübertragung aus der Haushaltsstelle 70210.95050, Erlhofer Straße – Kanalauswechslung in Höhe von 350.000 €.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates schließen sich der vorgeschlagenen Mittelübertragung einstimmig an.

Auf das während der Aussprache von Herrn Stadtrat U l s h ö f e r angesprochene Flugblatt des Vereins zur Förderung der Jugendkultur, das gegen den Skatepark Stellung beziehen würde und in der Nachbarschaft verteilt worden sei, nimmt Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a nach der Beschlussfassung noch kurz Stellung. Ihr sei dieser Brief ebenfalls bekannt. Die Sorgen und Ängste der Betroffenen könne sie beruhigen. Es sei alles sorgfältig und ordentlich geplant und könne an diesem Ort, der dafür perfekt sei, gebaut werden. Sie hätte festgestellt, dass einige, die diesen Flyer erhalten hätten, auf die Verfasser stinkwütend gewesen wären und sich gefragt hätten, wie ein gemeinnütziger Verein so etwas verfassen könne. Anhand dieses Schreibens hätte sie festgestellt, wie viele Menschen sich auf dieses Projekt freuen würden. Der Verfasser müsse sich nun den Reaktionen stellen und mehr müsse sie dazu nicht kommentieren.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 34 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

358 Parken in der Innenstadt

Anfrage:

Herr Stadtrat **K n i e l i n g** hat am 25.06.21 schriftlich eine Anfrage gestellt. Er möchte wissen, wie hoch die Summe an Parkgebühren sei, die die Stadt seit dem 18.6.2021 im Bereich der Innenstadt eingenommen hätte – dies sei ironisch gemeint. Hintergrund der Frage sei das "Gebührenfreie Parken in der Innenstadt" und die unvorteilhaft angebrachten Hinweise an den meisten Parkautomaten. Richtigerweise müsste der Münzeinwurf abgedeckt sein. Nur im Bereich des Rathauses wären die Aufkleber korrekt angebracht. Einem Münchner Autofahrer hätte er in der unteren Ludwigstraße zwei Euro erstattet, da dieser das Hinweisschild schlicht nicht gesehen hätte. Weiterhin würde die Parkapp einen Parkvorgang mit 31 Minuten abrechnen. Er bittet darum, hier nachzubessern.

Darauf antwortet Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a**, dass nach dem Eingang der Anfrage und des Hinweises von Herrn Knieling, die Aufkleber noch ergänzt worden wären und dankt ihm dafür.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

359 Ansiedlung Firma Mosolf

Anfrage:

Herr Stadtrat **K n i e l i n g** bezieht sich auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.04.21, in dem die Ansiedlung der Firma Mosolf vorgestellt worden sei. Er möchte wissen, ob es mittlerweile Fortschritte bei diesem Projekt geben würde und bittet um einen aktuellen Sachstand.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** teilt mit, dass sie von der Gemeinde Feilitzsch noch keine Rückmeldung erhalten hätte. Man wolle aber nach der Sommerpause nochmals tagen. Weiterhin hätte man eine Einladung nach Berlin, um einen Standort der Firma besichtigen zu können. Hierzu sollen auch Vertreter der beiden Gremien eingeladen werden. Die Gespräche mit den Grundstückseigentümern hätten begonnen, darüber gäbe es aber noch keine weiteren Informationen.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

360 Informationen zum Bahnverkehr in Hof

Anfrage:

Herr Stadtrat **D r. A d e l t** stellt fest, dass im Stadtrat selten über die Eisenbahn gesprochen worden sei. Aktuell wären in dieser Woche drei Eisenbahnthemen aufgeschlagen, bei denen er der Meinung sei, dass der Stadtrat darüber informiert werden müsste: Zum einen die Höllentalbahn, zu der man nun öffentlich Stellung beziehen müsste. In diesem Zusammenhang mit der Lückenschließung käme auch der Bahnhof Hof-Mitte ins Gespräch, von dessen Realisierung mit einem beidseitigen Bahnsteig, einem Aufstieg zur Stadt und letztlich dem Anschluss zum Stadtbus er sich kein Bild machen könne. Er schlägt vor, dass die Bundesbahn einmal ihre Entwürfe im Stadtrat vorstellen und aufklären sollte.

Außerdem stünde die Frage der Schellenbergspange, also dem Aufstieg von der Sachsenbahn zur Frankenwaldbahn auf Höhe des BayWa-Geländes, im Raum. Hier sei es wichtig, dass man sich bei einer Realisierung die Frage stellen sollte, was mit dem Bahnhof Neuhof geschehen soll. Schließlich soll es im Jahr 2024 losgehen, deshalb sei es an der Zeit nähere Informationen zu erhalten.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** nimmt diese Anregung gerne auf. In Bezug auf die Höllentalbahn hätte man auf die Vorstellung des Gutachtens warten wollen, daher hätte man in dieser Richtung noch nichts unternommen, aber nun sei es an der Zeit, dass man tätig werden müsse.

Im weiteren Verlauf der Sitzung meldet sich Frau Stadträtin **B r u n s** zu diesem Thema nochmals zu Wort. Sie würde den Vorschlag von Herrn Dr. Adelt ebenfalls für sehr gut und wichtig halten, vor allem hinsichtlich der Schellenbergspange und der Reaktivierung der Höllentalbahn.

Auch Herr Stadtrat **M e r i n g e r** hat zu diesem Thema noch eine Wortmeldung und erläutert, dass das Fenster der Gelegenheit riesengroß sei und man nun eine einzigartige Chance hätte, um als alte Eisenbahnerstadt einen Riesenschritt voranzukommen. Er hätte sich bei der Frage zur Beteiligung der Stadt Hof bei der Machbarkeitsstudie für die Höllentalbahn sehr unbeliebt gemacht. Am 13.07.21 würde die Machbarkeitsstudie von Thüringen vorgestellt. Er schlägt vor, den thüringischen Ministerpräsidenten einmal nach Hof einzuladen.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

361 Mähkonzept der Stadt Hof

Anfrage:

Herr Stadtrat **L e i t l** führt aus, dass er von mehreren Bürgern angesprochen worden sei, ob man in Hof wohl nicht mehr mähen würde. Diesbezüglich hätte er auch schon im Bauhof einmal vorgesprochen. Die Stadt Hof hätte ein Mähkonzept, das aber wohl den meisten Bürgern nicht bekannt sei. Daher rege er an, im Rahmen der Transparenz einmal in einer öffentlichen Sitzung dieses Konzept vorzustellen, um darüber zu informieren, wann was gemäht wird oder eben auch nicht gemäht wird. Nicht jede Blühwiese würde aussehen wie aus der Weichspülwerbung.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** bestätigt, dass auch an sie öfters Anfragen und Hinweise zum Thema Mähen in Hof herangetragen würde. Durch die Vorstellung des Mähkonzepts könnte man für eine Aufklärung sorgen.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

362 Bushaltestelle in Unterkotzau

Anfrage:

Herr Stadtrat **U l s h ö f e r** bezieht sich auf die Berichterstattung in der Frankenpost zur Busendhaltestelle in Unterkotzau. Man hätte lesen können, dass diese Haltestelle zukünftig wegfallen werde und er hätte sich persönlich darüber geärgert, dass die Bevölkerung sehr kurzfristig davon erfahren hätte. Er vermute, dass es, nachdem es jahrzehntelang keine Probleme gegeben hätte, zwischen einigen Beteiligten „menscheln“ würde. Er sei der Meinung, dass es notwendig sei, sich einmal mit den Beteiligten zusammzusetzen und ein Gespräch zu suchen. Er denke, dass es auch im Interesse des Eigentümers des Grundstücks ausreichend Argumente für den Erhalt der Bushaltestelle an diesem Standort geben würde. Er möchte wissen, ob die Gründe für die Vertragskündigung öffentlich genannt werden können und welche Maßnahmen die Stadt mittlerweile ergriffen hätte.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** erwidert, dass sie mit dem Eigentümer dieser Fläche bereits gesprochen hätte und dieser hätte sehr eigene und ausgeprägte Vorstellungen einer Zusammenarbeit. Er hätte diese Kündigung kurzfristig veranlasst.

Herr Stadtrat **U l s h ö f e r** macht deutlich, dass die Stadtverwaltung hier unbedingt aktiv werden müsste, da sonst ein kompletter Stadtteil abgehängt werden würde. Auch wenn die nächste Haltestelle nur ca. 300 m entfernt sei, sei dies gerade auch älteren Menschen, vor allem mit Gehbehinderung, nicht zumutbar. Diese könnten den steilen Berg bis zur Joensustraße nicht gehen und würden nun festsitzen. Die Oberbürgermeisterin sollte dieses Thema zur Chefsache erklären und alles unternehmen, damit Bewegung hinein kommt.

Die Vorsitzende unterstreicht, dass man nicht möchte, dass vor allem die ältere Bevölkerung in Unterkotzau festsitzen würde. Es sei ihr sehr wichtig, dass gerade im unteren Bereich von Unterkotzau eine Haltestelle etabliert sei, dies sei auch mit dem Geschäftsführer der HofBus GmbH so besprochen. Nach ihrem derzeitigen Eindruck würde die Lösung aber nicht bei dem Eigentümer des jetzigen Grundstücks liegen sondern an einem anderen Standort.

Auch Herr Stadtrat **S t r ö ß n e r** hätte den Eindruck gewonnen, dass sich über Jahrzehnte hinweg etwas angestaut hätte. Der Vorschlag der SPD sei, unbürokratisch eine Interimslösung, bereits ab 1.7.21, zu schaffen, um sich dann ausführlich den Vertragsverhältnissen oder der Suche nach einer geeigneten Ausweichhaltestelle widmen zu können. Für die Interimshaltestellen könnte man die bereits bestehenden RBO-Haltestellen, die ca. 20 m entfernt liegen würden, nutzen.

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** führt aus, dass nach seiner Meinung in den Aufsichtsratssitzungen nur abgenickt werden würde. Für ihn sei dies eine Bankrotterklärung und es könne so nicht sein. Der Geschäftsführer müsste einmal im Stadtrat Stellung beziehen. So könne es nicht laufen und deshalb würden sich viele Bürger in Hof ärgern.

Frau Stadträtin **B r u n s** meldet sich an anderer Stelle des Sitzungsverlaufs zu diesem Thema zu Wort und stellt fest, dass der Eigentümer das Recht hätte, den Vertrag zu kündigen und es nun Aufgabe der Oberbürgermeisterin sei, eine Lösung zu finden, auch wenn sie nicht an der gleichen Stelle verwirklicht werden könne. Man sollte das Thema nicht zu sehr hochhängen. Wichtig sei nur, dass eine Endhaltestelle vorhanden sei.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:

Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

363 Pressemeldungen der Stadt Hof

Anfrage:

Frau Stadträtin S c h r a d e r weist darauf hin, dass bei den übersandten Pressemeldungen der städtischen Pressestelle die Umlaute in den Texten in irgendeiner Form umgestellt wären und dadurch würden sich die Mitteilungen nur hoppelig und schwierig lesen lassen. Sie hätte in ihrer Fraktion nachgefragt und es würde vor allem die Benutzer mit den ios-Systemen betreffen. Sie bittet darum, dass man diesen Fehler beheben möge.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

364 Regenbogenfahne an städtischen Gebäuden

Anfrage:

Frau Stadträtin **K i e h n e** erklärt, dass heute die Regenbogenfahne am Rathaus und an der Freiheitshalle als Zeichen für eine offene und vielfältige Gesellschaft, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für Gleichberechtigung und Toleranz gehisst worden sei.

Die Grüne Jugend sei mit diesem Anliegen an die Stadt Hof herangetreten und Herr Bürgermeister Auer hätte sich dafür auch stark gemacht. Im Namen der Fraktion möchte sie sich ausdrücklich bei der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung bedanken, dass man hier unbürokratisch und schnell gehandelt hätte. Allerdings hätte sie sich gewünscht, dass man der Pressemeldung hätte entnehmen können, dass dies auf Initiative der Grünen Jugend erfolgt sei, wie es beispielsweise bei der Stadt Helmbrechts der Fall gewesen sei.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** erklärt, dass man heute die Fahne nicht hätte hissen können, da aufgrund des Attentats in Würzburg Trauerbeflaggung angeordnet worden sei. Man werde aber die Fahne im Anschluss für zwei Tage aufhängen. Die Fahne soll dann jedes Jahr vom 28.06. bis 30.06. gehisst werden. Im Zuge der Fußball-EM hätte dieses Thema an Bedeutung gewonnen, aber es hätte bereits schon vorher seitens der Stadtverwaltung auf der Agenda gestanden.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeister:	Auer
29 Stadtratsmitglieder	

365 Flughafen Hof-Plauen

Anfrage:

Herr Stadtrat **R a m b a c h e r** hätte der Zeitung entnommen, dass der Flugplatz bleiben würde, Zitat „komme was wolle“. Zur Begründung seien 6.000 Flugbewegungen im Jahr, also ca. 20 pro Tag, angeführt worden, wobei er davon einen anderen Eindruck hätte. Weiterhin würden von den 650.000 € Defizit pro Jahr 60% von der Stadt Hof getragen. Er als Stadtrat sei verwundert, dass der Geschäftsführer hier nicht in seine Schranken verwiesen werden würde, da letztendlich der Stadtrat nach wie vor für den Flughafen mit verantwortlich und entscheidungsberechtigt sei. Der Vertrag mit BMW würde bis 2023 noch laufen und möglicherweise könnte dieser auch verlängert werden. Ihn würde stören, dass von außen der Eindruck erscheinen würde, dass der Geschäftsführer die Geschicke zu bestimmen hätte.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** weist darauf hin, dass zu diesem Thema im Frühjahr eine Anfrage an die Stadt Hof eingegangen sei, die auch aktuell beantwortet worden wäre und den Willen des Stadtrates widerspiegelt hätte. Die Zukunft des Flughafens sei durch den Flughafenbeirat und durch die Haushaltssatzung der Stadt Hof gesichert und verankert und würde auf einer soliden Basis stehen. Auf dieser Basis würde der Geschäftsführer arbeiten und seine Auskünfte erteilen.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeister:	Auer
29 Stadtratsmitglieder	

366 Fester Verbau der Beschilderung

Dank:

Herr Stadtrat S c h m a l f u ß erinnert an den CSU-Antrag vor ca. einem Jahr, in dem gefordert worden sei, die Verkehrsbeschilderung, die für längere Zeit aufgestellt sei, fest zu verbauen bzw. durch Anbringung an bereits vorhandenen Pfosten zu optimieren, speziell im Bereich des Strauß-Areals. Was anfangs Überzeugungsarbeit in der Fraktion erfordert hätte, sei jetzt perfekt umgesetzt worden. Es hätte ein großes Ausmisten stattgefunden und gerade im Strauß-Areal wären dutzende, wenn nicht sogar an die hundert Schilder, entfernt bzw. optimiert worden, wodurch das Stadtbild deutlich aufgebessert worden sei. Dafür möchte er seinen Dank an die Verwaltung aussprechen.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeister:	Auer
28 Stadtratsmitglieder	

367 Diverse Anfragen von Herrn Meringer

Anfragen:

Herr Stadtrat M e r i n g e r meldet sich zu folgenden Themen zu Wort:

1. Baugrund für Bauwillige:
Er erinnert daran, dass man in den letzten Jahren versucht hätte, Bauwillige im Stadtgebiet zu halten. Dadurch sei das Baugebiet Rosenbühl entstanden. Dort sei schief gelaufen, was schief-laufen hätte können, daher sollte in diesem Gebiet einmal eine Begehung stattfinden. Er sei der Meinung, dass man sicher noch einiges retten könnte.
2. Solarpark Wölbattendorf:
In seiner nächsten Anfrage bezieht er sich auf den Solarpark Wölbattendorf. Dieser müsse im Rahmen der Energiewende so auf den Weg gebracht werden, dass er auch funktioniere - nachdem die Rahmenbedingungen auch hier nicht optimal wären.
3. Zentralkauf:
Herr Stadtrat Meringer stellt die Frage an die Oberbürgermeisterin, was sie daran hindern würde, die Investoren nach Hof einzuladen und mit ihnen ergebnisoffen zu diskutieren und sie erklären zu lassen, was diese dort nun vor hätten.

Darauf antwortet Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a, dass es nur Sinn machen würde jemanden einzuladen, wenn zielbringende Informationen im Raum stünden. Diskussionen und Informationen wären nur sinnvoll wo es Informationen, Absichten und Pläne geben würde. Ansonsten würde man sich nur im Kreis drehen.

* * *

Anfrage gestellt

g.w.v.

Eva Döhla
Oberbürgermeisterin

Ute Schörmer-Kunisch
Schriftführer/in